

Beschlüsse

Europadelegiertenkonferenz

25. Mai 2013, Gießen

SPD Bezirk Hessen-Süd

Herausgeber: SPD-Bezirk Hessen-Süd

Textverarbeitung: SPD-Bezirk Hessen-Süd

Druck: SPD-Hausdruckerei

Frankfurt am Main, Mai 2013

INHALTSVERZEICHNIS

E 1	Seite	4
Für ein neues Europa: Mehr Demokratie, mehr Gerechtigkeit, mehr Wohlstand		
Übersicht über die Behandlung der Anträge	Seite	12
Wahlergebnisse	Seite	13

**Für ein neues Europa:
Mehr Demokratie, mehr Gerechtigkeit, mehr Wohlstand**

1. Europa in der Sackgasse

Die Menschen wenden sich ab

Die Krise fegt über Europa hinweg und erschüttert seine Grundfesten – politisch, sozial und wirtschaftlich. Europas Wirtschaft stagniert, die Arbeitslosigkeit ist seit Ausbruch der Weltfinanzkrise im Jahr 2007 um die Hälfte angestiegen, Arm und Reich sowie Nord und Süd driften auseinander. Gerade in den strauchelnden Eurostaaten Spanien, Portugal oder Griechenland findet eine längst nicht mehr für möglich gehaltene soziale Krise statt, die sich in der Zunahme von Armut, Lohnrückgang und Sozialabbau äußert. Mit zunehmenden sozialen Spannungen korrespondiert auch eine politische Destabilisierung in weiten Teilen unseres Kontinents. Rechts- und Linkspopulisten sind in Europa auf dem Vormarsch und erschweren die Verwirklichung pro-europäischer Mehrheiten. Schlimmer noch: Das Vertrauen der Menschen in die politische Klasse ist erschüttert. Die Ursachen hierfür sind zwar vielschichtig. Doch ein Trend ist unverkennbar: Das unzulängliche Krisenmanagement der EU-Staats- und Regierungschefs hat die Zahl der politisch Enttäuschten massiv erhöht. Doch Viele sind nicht nur von der Unfähigkeit zur Krisenbewältigung enttäuscht, sondern vielmehr auch vom Mangel an politisch-demokratischem Impetus schockiert. Wenn Bürokratien wie die Troika, ausgestattet mit einer unzureichenden demokratischen Legitimation, ganzen Ländern wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Vorschriften machen, demokratisch gewählte Regierungen von technokratischen Expertenkommissionen ersetzt werden oder die Spitzenvertreter europäischer Politik von marktkonformer Demokratie schwadronieren, wird das Vertrauen der Menschen erschüttert. Die Konsequenz ist die Abkehr Vieler vom europäischen Projekt. Hoffnungslosigkeit breitet sich auf unserem Kontinent aus.

Europa als Quelle von Hoffnung

Europa war im Verlauf seiner Geschichte auch immer das politische Projekt der Hoffnung. Die Motive, sich dem europäischen Projekt anzuschließen sind dabei so vielfältig wie es die Staatenwelt und die Menschen in Europa sind. Je nach Zeitenwende hat Europa immer wieder unterschiedliche Erwartungen der Menschen an eine bessere Welt wieder gespiegelt: Dauerhafter Frieden, die Befreiung von Militärdiktaturen, die Stabilisierung von Demokratie und Gerechtigkeit nach dem Ende des Kalten Krieges oder die Chance, im Verbund mit anderen Staaten Globalisierung politisch gestalten zu können statt ihr ausgeliefert zu sein. Gerade die Notwendigkeit zur politischen Gestaltung der Globalisierung ist in den vergangenen Jahrzehnten immer deutlicher zu Tage getreten. Die mit ihr einhergehenden Schwierigkeiten zeigen, dass die Fähigkeit der Nationalstaaten zur Problemlösung rapide schwindet. Die Bedeutung eines kooperierenden Europas für unser Aller Zukunft nimmt deshalb Tag für Tag zu. Staatliche Monopole auf Gewalt und Steuerfestsetzung oder die wirtschaftspolitische Interventionsfähigkeit bröckeln, weil die Herausforderungen der Globalisierung keinen Halt vor nationalen Grenzen machen. Auf sich alleine gestellt können Nationalstaaten keine Maßnahmen gegen Lohn- und Steuerdumping, den Klimawandel oder die Auswüchse der Finanzmärkte ergreifen. Die Lösbarkeit immer mehr politischer Aufgaben erfordert die Zusammenarbeit von Europas Staaten.

Europäische Integration vertiefen

Wie diese Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union (EU) gestaltet wird, gehört zu den wichtigsten politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit. Klar ist: Ein

Zurück zum Nationalstaat, wie von Rechts- und Linkspopulisten gefordert, kann und wird es nicht geben. Ein „Weiter – So“, das den Status quo erhält statt Reformen anzupacken, ist in Europa ebenso wenig möglich. Denn die noch aus dem Maastricht-Vertrag resultierenden Konstruktionsfehler der Eurozone wurden durch die Weltfinanzkrise und der mit ihr verbundenen Folgen allzu deutlich: Das Fehlen einer echten Wirtschaftsregierung zur europaweiten Rezessionsbekämpfung, fehlende Mechanismen gemeinsamen Schuldenmanagements und das System von Wettbewerbsstaaten, das wirtschaftliche Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone zementiert, haben die Krise verschärft. Um Europa für die Zukunft krisenfest zu machen, brauchen wir in der Eurozone und in der EU eine vertiefte Integration der Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Denn Europa muss mehr sein als die Summe von in zentralen Fragen letztlich isoliert handelnden Staaten, die lediglich der neoliberalen Wettbewerbsdoktrin um die niedrigsten Löhne, Steuern oder Sozialstandards folgen. Nur ein zusammenwachsendes Europa bietet die Chance, dem Dumpingwettbewerb auf Kosten Vieler und zugunsten Weniger einen Riegel vorzuschieben.

Europas falscher Umgang mit der Krise

Diese Chance hat Europa in der Vergangenheit zu wenig genutzt. Das war ein Fehler, der sich bei Ausbruch der Weltfinanzkrise bitter gerächt hat. Die Staaten Europas waren gezwungen, Bankenrettungs- und Konjunkturprogramme aufzulegen. Infolge dieser Programme stieg die staatliche Gesamtverschuldung in Europa gemessen an seiner Wirtschaftskraft zwischen 2007 und 2011 von 59 auf über 82 Prozent an. Die krisenbedingte Erhöhung der Staatsverschuldung forcierte Spekulationswetten auf die Insolvenz einzelner Eurostaaten sowie auf das Auseinanderbrechen Eurozone insgesamt. Daher wurden nach Banken- und Konjunkturpaketen nun Rettungsschirme für ganze Staaten aufgespannt. Griechenland, Irland, Portugal und Zypern erhielten Hilfs- und Garantiezusagen aus dem Eurorettungsschirm. Im Falle Italiens und Spaniens intervenierte die Europäische Zentralbank im Spätsommer 2011 durch ein gigantisches Aufkaufprogramm für Anleihen dieser Länder. Im Sommer 2012 wurde zudem Spanien ein Bankenhilfsprogramm aus dem Eurorettungsschirm gewährt. Im Gegenzug für die erhaltenen Hilfen verpflichteten sich diese Länder zu einem radikalen Umbau ihres Wirtschafts- und Sozialmodells. Die Aushöhlung von Tarifverträgen, Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, Einsparungen im Gesundheits- und Bildungswesen, vornehmlich niedrige und mittlere Einkommensschichten belastende Steuer- und Abgabenerhöhungen oder die Kürzung gesetzlicher Mindestlöhne bewirken, dass Millionen Menschen vor dem sozialen Aus stehen.

Merkels Politik verschärft die Krise

Die Verantwortung hierfür tragen die Staats- und Regierungschefs unter Federführung von Angela Merkel. Ihr Krisenmanagement war katastrophal. Ergebnislose Krisengipfel, nächtliche Verhandlungen hinter vergeschlossenen Türen sowie das Beharren auf nationalen Egoismen haben viel Zeit gekostet und die Krisenkosten unnötig in die Höhe getrieben. Während Europas Bevölkerung auf Maßnahmen zur Lösung der Krise wartete, wurde aus einem vergleichsweise „kleinen“ Griechenland-Problem ein „großes“ Eurozonen-Problem. Statt die Probleme an der Wurzel anzupacken, versuchten Merkel und Sarkozy mit Fall-zu-Fall-Lösungen Zeit zu gewinnen. Das Ziel dieser Politik war dabei nicht etwa eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung oder Krisenbewältigung, sondern der Versuch die deutsche und französische Finanzwirtschaft vor den Folgen etwaiger Staatspleiten zu bewahren. Um diese Politik zu legitimieren, wurden die Weltfinanzkrise und ihre Folgen in eine Staatsschuldenkrise umgedeutet und damit Ursache und Wirkung vertauscht. Ursache zunehmender Staatsverschuldung war nach dieser Lesart nicht mehr die Weltfinanzkrise und die in deren Folge notwendig gewordenen Bankenrettungsprogramme, sondern die vermeintlich hohen Sozialausgaben in den

Krisenstaaten. Die Konsequenz dieser politischen Uminterpretation der Wirklichkeit liegt auf der Hand: Die seit 2010 gewählte Krisenbekämpfungsstrategie, die einseitige Kürzung der Staatsausgaben, ist grundlegend falsch und verursacht soziale Folgekosten, die künftige Generationen noch zu tragen haben werden.

Europa kann auch anders

Die Auseinandersetzungen um die Finanzmarktregulierung haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass Europa auch anders kann: Lösungsorientiert und dem Wohl der Menschen verpflichtet statt nationalen Egoismen verhaftet. Dabei spielt der Einfluss des Europäischen Parlaments eine gewichtige Rolle. Ohne das Parlament wäre Europa in Sachen Regulierung noch nicht so weit wie heute. Zwar gibt es Reformprojekte wie die Schaffung einer europäischen Ratingagentur oder die Festlegung von Verschuldungsobergrenzen für Hedge Fonds, die bis auf weiteres aufgrund der politischen Mehrheitsverhältnissen in Europa nicht verwirklicht wurden. Doch gerade durch den Druck der Sozialdemokratischen Fraktion konnten wichtige Reformen und Maßnahmen wie das Verbot ungedeckter Leerverkäufe und ungedeckter Kreditausfallversicherungen, die Begrenzung des außerbörslichen Derivatehandels, die Deckelung von Bankerboni, strengere Eigenkapitalforderungen gegenüber Banken oder die Grundsteinlegung für die Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht, durchgesetzt werden. Auch die Einführung der Finanztransaktionssteuer im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit wäre ohne den vom Parlament auf die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission ausgeübten Druck nicht denkbar.

2. Mehr Demokratie in Europa wagen

Die Menschen zweifeln an Europas Demokratie

Die Auseinandersetzungen um die Finanzmarktregulierung zeigen, dass wir mehr Europa brauchen. Doch das darf nicht heißen, dass schlicht mehr Zuständigkeiten nach Brüssel verlagert werden. Europas vertiefte fiskal-, wirtschafts- und sozialpolitische Integration muss vielmehr an eine Parlamentarisierung sowie Demokratisierung gekoppelt werden. Denn das Zutrauen der Menschen in Europa kann nur steigen beziehungsweise zurück gewonnen werden, wenn seine Politik nicht ausschließlich von Bürokratien und den Mitgliedstaaten getragen wird, sondern in einer parlamentarisierten und demokratisierten EU erfolgt. Diese Demokratisierung ist dringend erforderlich. Während sich vor der Krise die Debatten um Europas Demokratie(defizite) um eher technische Fragen wie das Stimmgewicht der Mitgliedsländer im Ministerrat drehten, geht es heute um sehr viel mehr: Immer stärker zweifeln die Menschen die Substanz der europäischen Demokratie an. Diese Wahrnehmung hängt stark mit der Art und Weise des Zustandekommens bisheriger Hilfspakete aus dem Eurorettungsschirm zusammen: Staats- und Regierungschefs handeln sie hinter verschlossenen Türen aus – anschließend werden die Pakete durch die nationalen Parlamente durchgepeitscht. Raum für öffentliche Debatten besteht nicht.

Europäische Kommission zu einer politischen Regierung ausbauen

Das intransparente Vorgehen der Eurostaaten verdeutlicht, dass wir eine Demokratisierung europäischer Wirtschaftspolitik brauchen. Der Euro ist zu wichtig, als dass er ausschließlich nationalen Egoismen folgenden Regierungen überlassen werden dürfte. Deshalb fordern wir die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsregierung, die Schluss macht mit dem Schachern der Staats- und Regierungschefs um nationale Vorteile, mit einer Stimme spricht, für die Interessen Europas eintritt und bei der Europäischen Kommission angesiedelt ist. Voraussetzung dafür muss jedoch sein, dass die Kommission von einem Expertengremium zu einer echten politischen Regierung umgebaut wird. Dazu gehört, dass der

Kommissionspräsident künftig nicht mehr von den Staats- und Regierungschefs ernannt wird, sondern sich dem Votum der Bürgerinnen und Bürger stellt. Deshalb begrüßen wir die Initiativen der europäischen Parteien beziehungsweise Parteienfamilien, bei der Europawahl 2014 je einen gemeinsamen Spitzenkandidaten aufzustellen, der sich um das Amt des EU-Kommissionspräsidenten bewirbt. Der Präsident muss auch sein Team selbst zusammenstellen dürfen. Es muss daher Schluss sein mit dem Prinzip, dass die Kommissionsmitglieder von den Mitgliedstaaten ernannt werden. Europäisches Gemeinwohl vor nationalen Egoismen muss das künftige Credo bei der Besetzung der Kommission lauten.

Europäisches Parlament stärken

Die Politisierung der Europäischen Kommission ist ein Baustein zur Demokratisierung der EU. Wichtiger jedoch ist die Stärkung des Europäischen Parlaments als einzige, unmittelbar von der Bevölkerung gewählte Institution der EU. Sie genießt daher eine stärkere Legitimation als der Ministerrat beziehungsweise der Rat als Vertreter der rein nationalstaatlichen Interessen. Dieser Umstand erklärt auch, warum die Mitgliedstaaten immer wieder versuchen, den Einfluss des Parlaments einzudämmen. Das Parlament hingegen erstritt sich im Laufe seiner Geschichte immer wieder Kompetenzen und Gestaltungsrechte: Mitte der 1980er mussten die Mitgliedstaaten das Parlament an der Binnenmarkt-Gesetzgebung beteiligen. Anfang der 1990er wurde das Parlament durch das Mitentscheidungsverfahren gleichberechtigter Co-Gesetzgeber der Mitgliedstaaten. Diese Methode, heute ordentliches Gesetzgebungsverfahren genannt, wurde durch den Vertrag von Lissabon auf nahezu jeden EU-Politikbereich ausgeweitet. In für die EU substanziellen Fragen wie dem Budget, der Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten oder der Ratifikation von Handelsabkommen hat sich das Parlament Stück für Stück Entscheidungskompetenzen erkämpft. Heute gilt es, gerade angesichts der Krise, die Kompetenzen des Parlaments weiter auszuweiten und seine legislative wie politische Rolle zu stärken. Das muss auch die weitere Demokratisierung des gesetzgeberischen Zusammenspiels von Europäischer Kommission, Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament umfassen: Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren muss auf jeden Politikbereich der EU, also auch auf die Steuer- oder Außenpolitik angewandt werden. Parlament und Ministerrat müssen zu zwei gleichberechtigten Gesetzgebungskammern mit jeweils eigenem Initiativrecht werden. Wir wissen, die Demokratisierung der EU wird bei den Mitgliedsstaaten und den Gegnern Europas auf massiven Widerstand stoßen. Doch die Bürgerinnen und Bürger Europas wollen mehr Demokratie wagen. Deshalb scheuen wir auch nicht die Einberufung eines neuen Konvents, falls primärrechtlich notwendige Reformen auf dem Weg zu einem demokratischeren Europa erforderlich sein sollten.

3. Das Soziale Europa schaffen

Neues Europäisches Sozialmodell

Europa muss nicht nur demokratischer, sondern auch sozialer werden. Denn nicht nur in den Krisenstaaten und nicht nur seit Ausbruch der Krise werden soziale Errungenschaften in Frage gestellt. Die Lohnquoten sinken überall in Europa. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. In allen EU - Staaten expandiert der Niedriglohnsektor, die atypische Beschäftigung wird für immer mehr Menschen zum Normalfall. Die Arbeitslosigkeit erreicht Höchststände und der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Alterssicherung ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Europa gelingt es immer weniger, ökonomischen und sozialen Fortschritt in Einklang zueinander zu bringen. Dieser Herausforderung können wir nur begegnen, wenn wir eine Erneuerung und zum Teil auch Neuerfindung des Europäischen Sozialmodells anstoßen. Dazu gehört das politische Bekenntnis zum Ziel der Vollbeschäftigung, der Kampf um eine gerechte Verteilung des Wohlstands, die Zurückdrängung atypischer Beschäftigung, die Einführung europäischer

Mindestlohnstandards, eine von den Gewerkschaften getragene Europäisierung der Tarifpolitik und die Schaffung einer sozialen Fortschrittsklausel. Europas Staaten müssen zudem einen Sozialen Stabilitätspakt bilden und durch gemeinsame, koordinierte Anstrengungen ihre Systeme der sozialen Sicherung zukunfts- und krisenfest machen. Dienstleistungen von allgemeinem Interesse müssen durch die öffentliche Hand erbracht werden. Eine Gesellschaft ohne wirkungsvolle öffentliche Daseinsvorsorge rechnet sich für die Mehrheit nicht. Umso entschiedener lehnen wir daher jedwede Pläne auf europäischer Ebene, die zur Privatisierung der Trinkwasserversorgung führen könnten, ab.

Auch für Europa gilt: Lohnpolitik ist Sache der Tarifpartner

Die Koordinierung der Lohnpolitik in Europa ist im Zuge der Krise immer stärker in den Mittelpunkt öffentlicher Diskurse getreten. Gerade mit Blick auf die innerhalb der Eurozone bestehenden Ungleichgewichte zwischen Exportüberschussländern und Exportdefizitländern wird eine stärkere Einbeziehung der Lohnpolitik zum Abbau derselben gefordert. Doch das überfordert die Lohnpolitik. Dabei wird häufig so getan, als handele es sich bei lohnpolitischen Fragen lediglich um eine technische Variable der Wirtschaftspolitik und nicht um einen Prozess der Verhandlung zwischen Arbeit und Kapital. Doch Lohnpolitik, gerade auch im europäischen Kontext, ist für uns integraler Bestandteil der Tarifautonomie und damit allen voran Sache der Sozialpartner. Auch deshalb fordern wir, dass die im Rahmen des so genannten Europäischen Semesters durch die Europäische Kommission abgegebenen lohnpolitischen Empfehlungen nicht zu verbindlichen Vorgaben weiterentwickelt werden dürfen. Sie müssen auf jeden Fall Empfehlungscharakter behalten. Was wir statt einer falsch verstandenen Europäisierung der Lohn- oder Wirtschaftspolitik dringend benötigen ist eine Stärkung der Tarifautonomie auf europäischer Ebene. Dazu gehört für uns, die Vielfalt nationaler Tarifverhandlungsmodelle zu respektieren, vor Gleichmacherei Distanz zu wahren und Europäisierungsbemühungen der Gewerkschaften zu unterstützen. Auch deshalb begrüßen wir den Beschluss des europäischen Dachverbandes der Industriegewerkschaften industriALL, sich an einer gemeinsamen Lohnkoordinierungsformel zu orientieren und Tarifsteigerungen anzustreben, die im jeweiligen Mitgliedstaat mindestens die Inflationsrate sowie die Produktivitätssteigerung ausgleichen.

Lohndumping europäisch bekämpfen

Lohnpolitik im europäischen Verbund muss auf jene Faktoren einwirken, die jenseits der konkreten Tarifpolitik Druck auf die Lohnquote ausüben. Gerade in Ländern mit rückläufiger oder stagnierender Lohnentwicklung wirken sich atypische Beschäftigung wie Leiharbeit oder überhaupt die Ausdehnung des Niedriglohnsektors negativ auf die Löhne aus. Hierbei zeigt sich häufig, dass Europa zwar Probleme bereits erkannt und effektive Regulierungsinstrumente geschaffen hat, deren Umsetzung jedoch auf nationalstaatlicher Ebene blockiert werden. So zum Beispiel auch bei der 2008 verabschiedeten EU-Leiharbeitsrichtlinie, deren Umsetzung Schwarz-Gelb in Berlin ablehnt. Gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit bei Leiharbeitnehmern und Stammbeschäftigten wird somit verhindert. Lohndumping ist auch jenseits des Leiharbeitssektors ein den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdendes Problem. Dabei zeigt sich immer wieder, dass Unternehmen gerade bei grenzüberschreitenden Aktivitäten jedes sich bietende Schlupfloch nutzen, EU-Instrumente gegen Lohndumping wie zum Beispiel die Entsenderichtlinie zu umgehen. Bei der Schließung solcher Schlupflöcher ist der deutsche Gesetzgeber gefragt. Um derlei Praktiken das Wasser abgraben zu können, ist dringend der nationalstaatliche Gesetzgeber gefragt. So ist es beispielsweise in Deutschland höchste Zeit, einen allgemein verbindlichen, flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde einzuführen. Mittelfristig müssen wir einen Schritt weiter gehen und um einen europäischen

Mindestlohn streiten, der sich am nationalen Durchschnittslohn des jeweiligen Mitgliedslandes orientiert und zu Beginn 60 Prozent desselben betragen sollte.

Sozialen Stabilitätspakt in Europa einführen

Wir müssen in Europa Mechanismen gemeinsamer Sozialstaatlichkeit schaffen. Dabei kann es nicht darum gehen, Gleichmacherei zu betreiben: Jedes Land in Europa hat seine eigene Sozialstaatsgeschichte und –tradition. Das gilt es zu respektieren. Doch wir müssen uns ein gemeinsames Koordinatensystem geben. Auf der einen Seite gilt es konkrete Gesetzgebung auf EU-Ebene zu gestalten, die zum Beispiel wie die Arbeitszeitrichtlinie in Belangen des Arbeitsschutzes oder der Gesundheit europaweite Mindeststandards festlegt. Hierzu gehört auch die primärrechtliche Verankerung einer sozialen Fortschrittsklausel, die klarstellt, dass soziale Grundrechte gleichrangig mit den Binnenmarktfreiheiten sind. Auf der anderen Seite müssen wir langfristige verbindliche Koordinierungsmechanismen schaffen, die die Sozialausgaben europäischer Staaten auf einen gemeinsamen Pfad bringen. Europa sollte sich daher auf Bandbreiten einigen, innerhalb derer die Gesamtaufwendungen für Alter, Gesundheit, Erwerbsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit und andere Sozialleistungen je nach Wirtschaftskraft eines Landes schwanken dürfen. Diese Einigung muss in einem Sozialen Stabilitätspakt verankert werden.

Wirtschaftliche Ungleichgewichte abbauen

In seinem solidarischen Europa darf es keinen unsolidarischen Wettbewerb geben. Ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel ist deswegen unumgänglich. Zunehmend geraten ganze Volkswirtschaften innerhalb des europäischen Binnenmarktes aus der Balance, weil Konsum und eigene Produktion nicht mehr im Verhältnis stehen. Verbraucht eine Volkswirtschaft dauerhaft mehr, als sie produziert, verschuldet sie sich zwangsläufig gegenüber dem Ausland. Kreditverpflichtungen können aber nur erfüllt werden, wenn die eigenen Produkte dort auch Absatz finden. Ist fairer Wettbewerb mangels gemeinsamer Lohn- und Steuerpolitik ausgeschlossen sind unausgeglichene Handelsbilanzen vorprogrammiert. Die gefeierte Rolle als „Exportweltmeister“ und die Handelsdefizite südeuropäischer Staaten sind insoweit zwei Seiten einer Medaille, die ihren Ursprung in Steuer-, Lohn- und Sozialdumping haben.

Die gravierenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte müssen abgebaut werden, weil sich Europa andernfalls zur Transferunion verfestigt, in der Schuldenschnitte zur Tagesordnung gehören. Hierzu bedarf es gemeinsamer Standards in der Lohn- und Steuerpolitik, wie beispielsweise einen europäischen Mindestlohn, der sich am Preisniveau der Mitgliedsstaaten orientiert sowie gemeinsamer Besteuerungsgrundlagen und Mindeststeuersätze. Dazu braucht es aber auch den Mut zur praktischen Umsetzung eines volkswirtschaftlichen Stabilitätspakt, der Außenhandelsbilanzdefizite wie –überschüsse gleichermaßen beschränkt. Nicht die Verfassung der zuletzt immer strenger regulierten öffentlichen Haushalte allein ist das Problem, sondern die Verfassung öffentlicher und privater Haushalte insgesamt.

4. In Europas wirtschaftliche Zukunft investieren

Europa fällt wirtschaftlich zurück

Die Krise gefährdet die wirtschaftliche Substanz Europas. In den vergangenen Jahren ist Europa gegenüber vergleichbaren Wirtschaftsräumen zurückgefallen. Vorhandene Strukturschwächen wie eine unzureichende Steuerverwaltung gepaart mit den harten Sparauflagen der Troika und Spekulationsattacken der Finanzmärkte, haben gerade die Krisenstaaten ins wirtschaftliche Abseits manövriert. Die ökonomische Situation ist dramatisch: Seit Ausbruch der Krise haben mehr als sechs Millionen Menschen in den Krisenländern ihren Job verloren, die Wirtschaftskraft ist um circa 50 Milliarden Euro

gesunken. Besonders gravierend ist das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit, die sich seit Krisenbeginn mehr als verdoppelt hat. Sie beraubt dabei nicht nur eine ganze Generation ihrer Hoffnungen und Perspektiven, sondern bedroht auch die wirtschaftliche Zukunft insgesamt. Diese negative Entwicklung wird über kurz oder lang auch auf jene Länder durchschlagen, deren Wirtschaft sich durch starke industrielle Kerne auszeichnet. Denn: Europas Volkswirtschaften sind über Absatz- und Zulieferkanäle sehr eng miteinander verflochten. Die Krise des Einen wird auf Dauer auch zur Krise des Anderen. So setzt zum Beispiel Deutschland knapp 60 Prozent seiner Exporte in Europa ab, während es einen beträchtlichen Teil seiner für die industrielle Wertschöpfung verwendeten Vorleistungen aus europäischen Ländern bezieht. Aus diesem Grund sind auch die Grundlagen des industriell ausgerichteten und auf Exporten basierenden Wirtschaftsmodells in Deutschland gefährdet, wenn die Wirtschaftskrise nicht rasch überwunden wird. Auch deshalb benötigt Europa dringend ein Wachstumsprogramm, das 0,5 Prozent der jährlichen europäischen Wirtschaftskraft betragen und auf fünf Jahre angelegt sein sollte. Die Finanzierung des Programms muss dabei auf drei Säulen beruhen: Auf dem EU-Budget (insbesondere den Strukturfonds, den Europäischen Sozialfonds sowie die Forschungsförderung), den zu erwartenden Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer sowie einer Erhöhung der Eigenkapital-Ausstattung der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Die Ausrichtung des Programms

Ein Wachstums- und Investitionsprogramm für Europa muss unter effizientem Einsatz der Mittel seine Wirkung kurzfristig entfalten, auf wirtschaftliche Projekte setzen, vor allem kleine und mittlere Unternehmen stärken, Unternehmensgründungen forcieren sowie Innovationen, Forschung und Entwicklung fördern. Gesamtwirtschaftliche Nachhaltigkeit und betriebswirtschaftliche Wirtschaftlichkeit müssen Leitplanken des Programms sein. Kurzlebige, auf Pump finanzierte Konjunkturmaßnahmen, die keinerlei dauerhafte Wachstumsspuren hinterlassen, helfen nicht weiter. Vielmehr muss es gelten, industrielle Kerne zu stärken und Leitmärkte der Zukunft zu erschließen. Dabei muss Europa jenseits von Lohn- und Sozialdumpingprozessen seine Wettbewerbsfähigkeit steigern, wirtschaftliche Strukturen verbessern und die Wertschöpfung erhöhen. Zur Erreichung dieser Ziele muss Europa sich an seinen ökonomischen Herausforderungen orientieren. Zwar sind die europäischen Volkswirtschaften aufgrund historischer Entwicklung und wirtschaftspolitischer Schwerpunktsetzung in ihren Strukturen sehr unterschiedlich und vielfältig. Doch die Herausforderungen sind weitgehend dieselben: Ressourcenknappheit, Globalisierung der Arbeitsteilung, Demographischer Wandel und der Trend zu Wissensbasiertem Wachstum. Ein erfolgreiches Wachstumsprogramm muss auf diese Herausforderungen zugeschnitten sein.

Schwerpunkte des Programms

Die wichtigsten Voraussetzungen für dauerhaftes und nachhaltiges Wachstum sind von Europas Unternehmen verwirklichte Produktinnovationen und Effizienzsteigerungen. Beides kann nur durch massive Anstrengungen in Forschung und Entwicklung gelingen. Hier kommt gerade der Grundlagenforschung, die in besonderem Maße auf öffentliche Förderung angewiesen ist, eine zentrale Rolle zu. Umso heftiger kritisieren wir, dass die EU-Mitgliedstaaten in ihrem Entwurf für die mittelfristige Haushaltsplanung von 2014 bis 2020 eine Kürzung der Forschungsausgaben vorsehen. Das gilt es zu korrigieren.

Die Triebfedern des Wachstums beruhen neben der unternehmerischen Innovationsfähigkeit auf einer zweiten Säule: Den Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen. Daher kommt beruflicher Qualifikation in Wissensbasierten Volkswirtschaften, gerade auch angesichts des Demografischen Wandels, eine Schlüsselrolle zu. Umso dramatischer ist die katastrophale Arbeitsmarktsituation, gerade auch mit Blick auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit, in Krisenländern wie

Spanien oder Griechenland. Um diese Zukunftsgefahr bereits heute zu bekämpfen, fordern wir die Schaffung einer Europäischen Jugendgarantie: Jeder Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren soll spätestens vier Monate nach Abschluss der Ausbildung oder Verlust des Arbeitsplatzes einen Beschäftigungs-, Ausbildungs-, oder Weiterbildungsplatz erhalten. Das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat haben sich für die Einführung einer europaweiten Jugendgarantie ausgesprochen. Wir fordern daher die Mitgliedstaaten dazu auf, im Rahmen der mittelfristigen Haushaltsplanung 2014 bis 2020 hinreichend Mittel zur Verwirklichung dieser Initiative bereitzustellen. Eckdaten des Förderpakets sollten sein: Aus- und Weiterbildung, geeignete Fördermaßnahmen für arbeitslose Jugendliche, grenzübergreifende Aus-, Weiterbildungs-, und Arbeitsvermittlung mit Finanzierung von Sprachkursen und Hilfe bei Anpassung an neue Lebensverhältnisse.

Der dritte Schwerpunkt des Programms muss die gezielte Förderung von klein- und mittelständischen Unternehmen sein. Vor allem sie sind es, die Innovationsprozesse anstoßen und einem Großteil der Menschen in Europa Arbeit bieten. Doch gerade in den Krisenstaaten werden hochproduktive Unternehmen zu Opfern einer Kreditklemme. Deshalb müssen wir dringend, beispielsweise im Rahmen von Programmen der Europäischen Investitionsbank, die Betriebsmittelfinanzierung ankurbeln, Unternehmensgründungen fördern und die Kreditvergabe gerade an exportorientierte, konkurrenzfähige Unternehmen ausweiten.

5. Unser Europa

Die Verursacher der Krise sind nicht die Menschen in Athen, Dublin oder Berlin, sondern die Akteure an den Finanzmärkten. Daher ist das wirkungsvollste Instrument gegen die Krise eine umfassende Regulierung der Finanzmärkte auf EU-Ebene. Doch hiervon unbenommen hat die Krise die Schwächen Europas offenbart. Der Mangel an gesamteuropäischer Demokratie, die einseitige Fixierung Europas auf wirtschaftliche Fragen bei gleichzeitiger Vernachlässigung des Sozialen und die strukturellen, innereuropäischen Ungleichgewichte, haben unserem Kontinent in den vergangenen Jahren arg zu gesetzt. Diese Schwächen zu überwinden und Europa grundlegend zu reformieren, wird die Herausforderung der kommenden Jahre sein. Unser Ziel dabei: Ein Europa mit gemeinsamer Wirtschaftspolitik, das stärker zusammen wächst, sozialer sowie demokratischer wird und den Anspruch hat, die Globalisierung gerecht zu gestalten.

Übersicht über die Behandlung der Anträge

E 1	Für ein neues Europa: Mehr Demokratie, mehr Gerechtigkeit, mehr Wohlstand	Annahme in geänderter Fassung
E 2	Für eine Jugend mit Zukunft in Europa	Erledigt durch E 1

Die Europadelegiertenkonferenz hat wie folgt gewählt:

Delegierte zur Bundesdelegiertenkonferenz Europa

Bullmann, Udo	165
Gnagl, Lisa	120
Schmidt, Dagmar	112
Faeser, Nancy	107
Kunze, Sylvia	92
Körner, Matthias	90
Karademir, Hidir	87
Klär, Hildegard	87
Zapf, Uta	85
Umberti, Santi	78
Grüger, Stephan	71
Eckert, Tobias	65
Krug, Patrick	64
Wingerter, Swen	62
Bastian, Sven	61
Falk, Dieter	52
Grobeis, Oliver	52
Aslan, Yasemin	50
Marquardt, Anne	45
Schäfer, Erika	43